

SOLIDARISCH



ERINNERN SIE SICH AN DIE WAHLEN 2015? Zum ersten Mal gab es im Nationalrat eine SVP-FDP-Mehrheit. Wir haben nun gesehen, wohin dies geführt hat. Auch der Bundesrat rückte nach rechts, indem die neue Mehrheit zuerst Guy Parmelin wählte, dann Ignazio Cassis. Doch die Bilanz nach vier Jahren ist mager, sehr mager. Angefangen bei den vier grössten Fiaskos, die die rechtsbürgerliche Mehrheit zu verantworten hat.

Eine verlorene Legislatur reicht!



Roger Nordmann,
Nationalrat (VD)

Erstens hat die Mehrheit von FDP und SVP mit knappen Mehrheiten (zwischen einer und drei Stimmen) das CO₂-Gesetz vollständig verwässert. Auch wenn die beiden Parteien in den darauffolgenden kantonalen Wahlen abgestraft wurden, haben sie damit doch einen Etappensieg für die Öl-Lobby sowie für die Interessen der Luftfahrt erzielt, gegen die dringend nötige Einschränkung des Verbrauchs fossiler Energien.

Zweitens haben es die FDP-Bundesräte Schneider-Amman und Cassis fertiggebracht, die flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen massiv anzugreifen. Sie haben ein Rahmenabkommen mit der EU vorgelegt, ohne sich um die vom Bundesrat selbst vorgegebenen roten Linien zu kümmern. Dies, obwohl die erfolgreiche Schweizer Europapolitik der letzten 20 Jahre auf einem Konsens zwischen Öffnung und einer wirksamen Absi-

cherung von Löhnen und Arbeitsbedingungen beruht. Die beiden Bundesräte haben es geschafft, der Schweiz in diesem zentralen Dossier grossen Schaden zuzufügen.

Drittens hat die rechtsbürgerliche Mehrheit das Paket der Unternehmenssteuerreform III so überladen, dass die SP gezwungen war, das Referendum zu ergreifen. Die Vorlage war derart einseitig zugunsten der Konzerne ausgestaltet, dass die SP die Abstimmung locker gewann.

Viertens hat die Allianz aus FDP und SVP das Reformprojekt «Altersvorsorge 2020» zu Fall gebracht. Dies führt dazu, dass insbesondere für die Frauen die Situation bei der Pensionskasse weiterhin sehr prekär ist, ebenso wie die finanzielle Lage der zweiten Säule insgesamt.

Die Liste gescheiterter Vorhaben der arroganten rechtsbürgerlichen Mehrheit ist fast be-

liebig verlängerbar. Ich erwähne an dieser Stelle nur noch drei besonders ärgerliche Inkonsequenzen. Nachdem die Rechten eine Erhöhung der Franchisen bei der Krankenkasse durchgesetzt hatten, machten sie in der Schlussabstimmung im Parlament im Frühling 2019 einen Rückzieher, nachdem die SP mit dem Referendum gedroht hatte. Bereits zu Beginn der Legislatur hatten die rechtsbürgerlichen Parteien einen vergleichbaren Pfusch abgeliefert. Zuerst hoben sie die Zulassungsbeschränkungen für Arztpraxen auf. Dies führte zu einer Kostenexplosion, die sie nach ein paar Monaten dazu zwang, den Entscheid wieder rückgängig zu machen. Komplettiert haben die Bürgerlichen das Horrorkabinett der Fehlentscheide mit dem Beschluss, über Autobahnprojekte abzustimmen, deren Kosten noch gar nicht beziffert waren – im Widerspruch zu den Vorgaben der Schulden-

bremse. Wie kann man Kosten beurteilen, deren Höhe gar nicht bekannt ist? Die Vorlage wird aktuell erneut im Ständerat beraten.

Rechte Koalition aufgebrochen

Der Versuch, das komplette rechtsbürgerliche Programm durchzusetzen, ist damit auf der ganzen Strecke gescheitert. Die grössten Erfolge der Legislatur konnten in zwei Themenbereichen erzielt werden, in denen die Koalition aus FDP und SVP gespalten war. Dabei handelt es sich einerseits um die Energiestrategie 2050, welche unter anderem den Bau neuer Atomkraftwerke untersagt. Die Vorlage wurde vom Volk angenommen, trotz des Widerstandes der SVP und einer gespaltenen FDP. Die zentralen Weichenstellungen dafür stammen aber aus der vorherigen Legislaturperiode.

Was die Steuerreform in Kombination mit einer Finanzspritze

für die AHV angeht, hat das Parlament der entsprechenden Vorlage gegen eine grosse Mehrheit der SVP-Fraktion zugestimmt, nach dem Scheitern der Unternehmenssteuerreform III und der Altersvorsorge 2020. Obwohl die Freisinnigen die Altersvorsorge mit ihrer Ablehnung der AHV-Vorlage schwächen wollten, waren sie am Schluss gezwungen, gemeinsam mit der SP der STAF-Vorlage zuzustimmen und damit auch den zwei Milliarden für die AHV.

Das Fazit ist klar: Die rechtsbürgerliche Mehrheit vertritt in keiner Weise die Interessen der Mehrheit hierzulande. Dank dem täglichen Einsatz und dank gezielter Referendumsdrohungen der SP ist es gelungen, den Durchmarsch von FDP und SVP zumindest zu bremsen. Wenn diese beiden Parteien aber bei den Wahlen im Oktober ihre Mehrheit im Nationalrat sichern können, droht

uns eine weitere verlorene Legislatur. Die rechtsbürgerliche Mehrheit würde weiterhin versuchen, das Recht des Stärkeren in der Schweiz durchzusetzen.

Die Schweiz braucht Solidarität

Was die Schweiz braucht, ist eine konstruktive Politik, die sich auf Zusammenarbeit und Solidarität stützt und im Interesse des Gemeinwohls handelt. Diese Prinzipien werden uns helfen, konstruktive Lösungen für die aktuellen Herausforderungen zu finden. Dabei geht es insbesondere um die Klima- und Energiepolitik, um die Gleichstellung der Geschlechter, um die Senkung der Krankenkassenprämien und um das Recht auf Arbeit und Ausbildung für alle. Um unseren Zielen zum Durchbruch zu verhelfen, müssen wir die Wahlen im Herbst gewinnen!

Die Initiative gegen das Schmelzen der Gletscher!



Claudia Friedl,
Nationalrätin
(SG)

Die Klimaerhitzung schreitet voran. Seit 1995 waren alle Jahre wärmer als im Schnitt der Periode von 1960 bis 1990. Weltweit ist die Durchschnittstemperatur um über 1°C gestiegen, in der Schweiz sogar überdurchschnittlich um 2°C. Es ist unübersehbar: Die Gletscher verlieren Jahr für Jahr einen Meter Dicke. Zyklone werden Jahr für Jahr stärker, weil die Meere wärmer werden.

Die Jungen haben es verstanden. Sie gehen Monat für Monat weltweit auf die Strasse, weil die Erwachsenen ihre Zukunft zerstören, indem sie nicht handeln. Sie fordern bis 2030 eine Reduktion der Netto-CO₂-Emissionen auf null. Spätestens seit dem Hitzesommer 2018 ist der Mehrheit der Bevölkerung bewusst geworden,

dass dringend gehandelt werden muss. Die SP kämpft schon lange für griffige Massnahmen und hat den Druck in den letzten Monaten nochmals intensiviert. An der DV im Juni 2018 hat die SP ein Klimapositionspapier verabschiedet. Dieses fordert «Taten statt Illusionen». In den letzten Parlamentssessionen hat die SP zahlreiche Vorstösse zum Thema Klima eingereicht. Flugverkehr, Mobilität, Gebäudesanierungen, erneuerbare Energien, Finanzplatz, Arbeitszeit: Eine Palette von Lösungsvorschlägen dazu liegt auf dem Tisch – nun muss endlich etwas geschehen.

Sozialverträglicher Umbau

Auch ausserhalb der institutionellen Politik und der Klimajugendbewegung vereinen sich Kräfte, um einen Schritt vorwärts zu kommen. Der Verein Klimaschutz hat eine Initiative vorbereitet und inzwischen lanciert. Die Gletscherinitiative verlangt einen neuen Artikel 74a in der Bundesverfassung. Neben Nachhaltig-

keit, Umwelt und Raumplanung soll das Thema Klimapolitik eingefügt werden. Die Hauptforderung ist einfach und übernimmt das Ziel des Pariser Klimaabkommens: eine Reduktion der Netto-CO₂-Emissionen bis 2050 auf null. Ab 2050 dürfen keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr in Umlauf gebracht werden. Für die SP wichtig ist die Forderung im Text, dass die Klimapolitik auf eine Stärkung der Volkswirtschaft und auf Sozialverträglichkeit ausgerichtet werden muss. Der Umbau soll nicht einfach zu Lasten der Ärmeren ausgetragen werden. Wie viel «System Change», wie ihn die Jungen fordern, dafür erforderlich ist, wird sich bei der gesetzgeberischen Umsetzung zeigen. Auch wenn die Forderung der Initiative weniger radikal ist als diejenige der Klimajugend, die das Netto-null-Ziel bereits 2030 erreichen will, ist es ein ehrgeiziges Ziel. Die Zeit ist ohnehin extrem kurz, um unsere gesamte Wirtschaft und unsere Lebensweise auf dieses Sze-

nario umzustellen. Erste Voraussetzung dafür, dass überhaupt etwas passiert, sind klare Rahmenbedingungen und sofortiges Handeln. Die Initiative enthält deshalb Übergangsbestimmungen, die festlegen, dass es einen verbindlichen Abbaupfad mit Zwischenzielen braucht.

Es braucht eine starke SP im Parlament

Das Parlament muss endlich an die Arbeit. In dessen aktueller Zusammensetzung ist es jedoch unmöglich, einen vernünftigen Klimaschutz zu betreiben, auch wenn die FDP nun angeblich ihre «grüne Ader» gefunden hat. Die Initiative macht Druck auf die Politik, für einen sozialverträglichen und ökologischen Umbau der Energiewirtschaft zu sorgen. Und Druck braucht es, von der Strasse, mit Demos und mit der Gletscherinitiative. Die SP hat starke Rezepte gegen die Klimaerhitzung. Mit einer starken SP im Parlament können diese umgesetzt werden.



Die SP Schweiz verabschiedete das Positionspapier «Arbeit und Ausbildung für alle» an der Delegiertenversammlung im März 2019.

EINES DER VIER WAHLKAMPFTHEMEN DER SP FÜR KOMMENDEN HERBST IST «ARBEIT UND AUSBILDUNG FÜR ALLE». Damit ist gemeint, dass alle Menschen das Recht auf eine zweite Chance auf dem Arbeitsmarkt haben sollen. Wenn man von Arbeit spricht, muss man auch von Arbeitslosigkeit sprechen. Jedes Jahr klopfen sich die Zuständigen bei Bund und Kantonen auf die Schulter. Doch sie verkennen die Realität, die sich hinter den vor- geblich tiefen Arbeitslosenzahlen verbirgt. Kantone und Gemeinden sind jeden Tag mit den Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe konfrontiert, mit der Situation von Arbeitnehmenden auf einem zunehmend prekären Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt zwischen Sch



Ada Marra,
Nationalrätin
(VD)

Zu den vom SECO publizierten Zahlen (119 661 Arbeitslose per Ende 2018) müssten die 250 000 Menschen hinzugerechnet werden, die Sozialhilfe beziehen. Damit noch nicht erfasst sind diejenigen, die entscheiden, keine Sozialhilfe zu beantragen. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 30 und 40 Prozent der Berechtigten keinen Antrag stellen. Ebenfalls zur offiziellen Arbeitslosenzahl sind die 300 000 Personen hinzuzuzählen, die Teilzeit arbeiten und mehr arbeiten möchten, aber keine Möglichkeit dazu erhalten. Auch die Arbeitslosen, die aus

den Statistiken fallen, weil sie ein Praktikum gefunden haben, das dann allenfalls doch zu keinem oder nur einem sehr prekären Arbeitsvertrag führt, gehören weiterhin dazu, da sie umgehend wiederum auf Arbeitssuche gehen werden. Kurz und (un)gut: Die Realität ist sehr viel komplexer und härter, als es uns die Angaben der Verwaltung glauben machen wollen.

Die Vorschläge der SP

Die SP geht grundsätzlich davon aus, dass jeder Mensch das Recht auf eine anständige Arbeit hat, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Alter, Geschlecht oder Behinderung. Dies gilt für einen Arbeiter über 50, der einen neuen Beruf erlernen muss, weil die Digitalisierung seinen bisherigen Job überflüssig gemacht hat. Dies gilt auch für eine junge Frau, deren schulische Leistungen nicht genügend waren und die nun von

der Sozialhilfe lebt. Es gilt für einen Migranten, dessen berufliche Kompetenzen nicht anerkannt werden, und es gilt für eine Mutter mit wenig Geld, die eine Weiterbildung anstrebt, sich diese aber nicht leisten kann, weil sie während der Ausbildungszeit auf einen Teil ihres bisherigen Einkommens verzichten müsste.

Die SP ist überzeugt davon, dass die berufliche Aus- und Weiterbildung im Laufe des gesamten Arbeitslebens und möglichst berufs begleitend den Schlüssel zur Erwerbsarbeit für alle darstellt. Denn wer einmal arbeitslos geworden ist, hat es viel schwerer, wieder einen Job zu finden.

Arbeitnehmende über 50

Die SP ist seit längerem beunruhigt darüber, dass Arbeitnehmende mit über 50 Jahren auf dem Arbeitsmarkt schon als «alt» gelten. Gemäss einer Studie der Ber-

ner Fachhochschule können nur 13,9 % der Arbeitslosen über 50 dauerhaft wieder Arbeit finden. Alle anderen stehen vor grossen Schwierigkeiten. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hat deshalb Anfang 2018 Alarm geschlagen. Die Anzahl Arbeitslose zwischen 55 und 65, die ausgesteuert wurden und nun von der Sozialhilfe abhängig sind, ist von 2010 bis 2016 um rund 50 % angewachsen, von 20 011 auf 30 110 Personen. Und auch hier gilt: Nicht alle, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten, beantragen sie auch. Dies kann zu Notlagen führen, wenn die Betroffenen stattdessen ihr Pensionskassenkapital beziehen.

Die SP hat im Parlament verschiedene Massnahmen vorgeschlagen. Dazu gehören mehr Unterstützung für ältere Arbeitslose, beispielsweise durch eine Verlängerung der Bezugsdauer, eben-



Die SP verlangt einen besseren Kündigungsschutz für Arbeitnehmende über 50 Jahre.



Lebenslange Weiterbildung soll für alle zugänglich sein.

ein und Realität

so wie ein besserer Kündigungsschutz für Arbeitnehmende über 50. Diese Menschen sehen sich einem Paradox gegenüber: Entweder sind ihre Kenntnisse zu spezialisiert, weshalb sie als «zu teuer» gelten, oder dann sind ihre Kenntnisse im Zeitalter fortschreitender Digitalisierung mangelhaft. Hier will die SP ansetzen. Arbeitslose haben ein Recht auf würdige Behandlung und Unterstützung. Doch noch wichtiger ist es, dafür zu sorgen, dass insbesondere ältere Menschen gar nicht erst arbeitslos werden.

Ein Fonds für Ausbildungs- und Lebenskosten

Lebenslange Weiterbildung ist zentral. Aber diese Forderung allein reicht nicht. Neben der Finanzierung der Weiterbildung muss sichergestellt sein, dass auch die Lebenskosten derjenigen, die sich weiterbilden, gedeckt sind.

Die SP schlägt damit eine gross angelegte Offensive auf dem Arbeitsmarkt vor, die sich an der Realität orientiert und ermöglichen will, dass möglichst niemand seine Arbeit verliert und dass der Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt erleichtert wird. Diese Offensive hat zwei Hauptziele: Einerseits sollen alle, unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft, ihren Lebensunterhalt durch anständige Arbeit selber verdienen können. Andererseits müssen die Lebenskosten von Erwachsenen während einer Weiterbildung gedeckt werden, damit eine solche überhaupt eine realistische Perspektive ist.

Das ist nicht gratis. Der Bund hat in den letzten zehn Jahren 23 Milliarden Überschüsse erzielt. Dieses Geld floss primär in den Schuldenabbau. Die SP will, dass Überschüsse zum Nutzen der Bevölkerung verwendet wer-

den. Wir fordern, dass mindestens die Hälfte davon (in der Regel gut zwei Milliarden Franken pro Jahr) in einen Aus- und Weiterbildungsfonds fliesst. Dieser Fonds finanziert Weiterbildungskosten ebenso wie die Lebens-

kosten während der Weiterbildung.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nicht verordnet werden. Durch unser Handeln schaffen wir die Voraussetzung, dass er wächst.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement für Gönnerinnen und Gönner ist im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, Fax 031 329 69 70, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Dario Schai, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 50 000 Exemplare.



Von Luft und Liebe – und vom Geld

DIE STÄRKE DER SP SIND – GEMÄSS EINEM SLOGAN DER ERFOLGREICHEN BASISKAMPAGNE FÜR DIE WAHLEN – «MENSCHEN STATT MILLIONEN». Doch die SP und ihre Mitarbeitenden leben nicht allein von Luft, Liebe und Überzeugung. Die Partei braucht Geld. Das Budget der SP Schweiz, das auch im Internet veröffentlicht wird, beläuft sich im Wahljahr auf rund 6 Millionen Franken.



Rebekka Wyler,
Co-General-
sekretärin
SP Schweiz

tische Arbeit der SP nicht möglich. Indem wir Transparenz über unsere Einnahmen und Ausgaben schaffen, zeigen wir Ihnen, dass Ihr Geld bei uns in guten Händen ist.

Ohne Mitgliederbeiträge und Spenden geht nichts

Die untenstehenden Grafiken zeigen, wie sich die Erträge und Ausgaben der SP Schweiz zusammensetzen. Auf dem Diagramm rechts unten ist die Herkunft der Erträge ersichtlich (Durchschnittswerte für die Jahre 2015–2018). Über 90 % der Einnahmen der SP stammen aus Mitgliederbeiträgen und Spenden. Was die Aufwände angeht, fliesst gut die Hälfte der Gelder direkt in die politische Kampagnenarbeit. Dazu gehören insbesondere klassische Kampagnen auf Papier und online sowie die Basiskampagne zur Mobilisierung von Wähler_innen. Der Rest des Geldes geht in die allgemeine Parteiarbeit. Zu den hier aufgeführten Kosten gehören beispielsweise die Löhne der Generalsekretär_innen und des Mediensprechers, die Produktions- und

Druckkosten unserer Publikationen, die Kosten der Parteitage und Delegiertenversammlungen, die Ausgaben für Bildung und Mitgliederwerbung sowie die Gelder für die SP Frauen*, die SP MigrantInnen, die SP 60+ und die JUSO. Die Fraktion und die politische Abteilung des Sekretariats verfügen über ein eigenes Budget in der Höhe von etwa 1,9 Millionen Franken. Dieses ist von der Buchhaltung der Partei getrennt und speist sich aus den gesetzlich geregelten Zahlungen des Bundes sowie aus Beiträgen der Fraktionsmitglieder.

Transparente Finanzierung

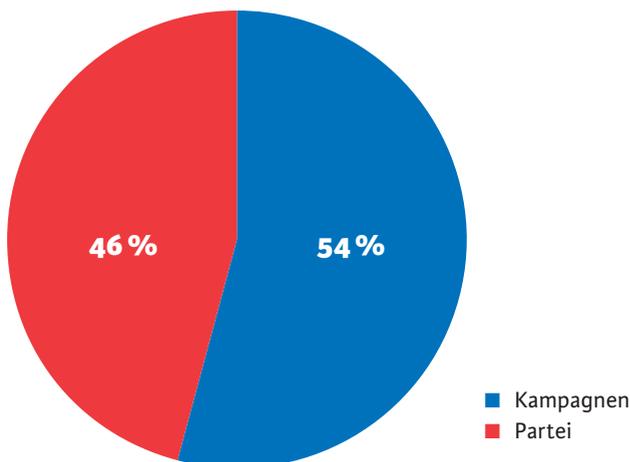
Die SP ist der Meinung, dass die Finanzflüsse in der Politik grundsätzlich transparent sein müssen. Die Bevölkerung hat das Recht zu wissen, wer wie viel in welche Kampagne investiert. Deshalb hat die SP zusammen mit anderen Organisationen 2016 die Transparenz-Initiative lanciert, die voraussichtlich nächstes Jahr zur Abstimmung kommt. Das Volksbegehren verlangt, dass Parteien und Komitees, die über 100 000

Franken ausgeben, ihre Finanzen offenlegen müssen. Anonyme Spenden sind verboten. Die Herkunft von Spenden über 10 000 Franken pro Jahr und Person muss bekannt gegeben werden. Die SP hält sich bereits heute auf freiwilliger Basis an diese Vorgaben und hat auch ein entsprechendes Spendenreglement erlassen.

Falls Sie weitergehende Fragen zu unseren Finanzflüssen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung (rebekka.wyler@spschweiz.ch). Für Ihre wichtige Unterstützung danken wir Ihnen herzlich!

Rund 23 000 Menschen haben die SP vergangenes Jahr mit einer Spende unterstützt.

Aufwände – Durchschnitt 2015–2018



Erträge Durchschnitt 2015–2018

